



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

7. März 2023

**Verkehrsnachrichten +++ Internationale Vorbereitungsklassen in Hamburg +++ Tipps und Termine +++
Die Altonative +++ Einladung zum Frühjahrsempfang**



Klimaaktivist:innen der »Letzten Generation« am 2. März auf dem Glockengießerwall (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

es fällt schwer in der gegenwärtigen, politisch aufgeheizten Stimmung – ursächlich dafür der sich nunmehr seit einem Jahr hinziehende Ukraine-Krieg, die unvermindert hohe Inflationsrate und die kaum noch zu schaffende Begrenzung des Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad – mit vernünftigen, nachhaltigen Positionen durchzudringen. Appelle, vor allem auch Druck in Richtung Waffenstillstandsverhandlungen zu entwickeln, werden medial niedergemacht, radikale Klimaschützer:innen – wie am 2. März auf dem Glockengießerwall¹ – von aufgebrachten Autofahrern zusammengeschlagen.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass auf Regierungsebene oft keineswegs gegengesteuert, die bessere Alternative gesucht oder gar gewählt wird, eher im Gegenteil. Nun sind nicht mehr »nur« 100 Milliarden für ein »Sondervermögen« Rüstung beschlossen, jetzt soll auch noch der reguläre Verteidigungsetat 2024 mal eben um weitere 10 Milliarden aufgestockt werden. Und ausgerechnet die grüne Au-

ßenministerin geriert sich dabei als »die schrillste Trompete« (Antje Vollmer)² in dieser Aufrüstungscombo. Das ist die eigentliche »Zeitenwende«, die schrittweise Verabschiedung von Bemühungen um Frieden und Entspannung, auf allen Seiten. Und auf einer anderen Ebene gilt die Zeitenwende auch für die SPD, hätte sie in Berlin doch die Chance gehabt, die Koalition mit den GRÜNEN und der LINKEN fortzusetzen, stattdessen geht sie nun mit der besonders rückwärtsgewandten Berliner CDU zusammen und wird dadurch viele sozialen Fortschritte (insbesondere im sozial- und wohnungspolitischen Bereich) kräftig zurückdrehen. Nein, das geht alles nicht in die richtige Richtung!

Die Linksfraktion wird auf ihrer Ende des Monats anstehenden Jahresklausur über all diese Entwicklungen zu sprechen haben. Konzentrieren wollen wir uns jedoch auf Fragen

¹ Siehe dazu das kurze Video auf Twitter unter <https://twitter.com/RadwegH/status/1631406348414984192>.

² So die 80-jährige, schwer erkrankte ehemalige GRÜNEN-Politikerin Antje Vollmer in einem bemerkenswerten Beitrag in der *Berliner Zeitung* vom 25.2.2023, dort als »Vermächtnis einer Pazifistin« überschrieben: <https://epaper.berliner-zeitung.de/article/ea77236b6b434f4d5fc01ca-ce486274626d2c168ae5896b667f2d021d2ced5c>.



Offenbar mehr denn je, leider! Auf der Klimastreik-Demonstration am 3. März (Foto: BB)

und Konzepte zur sozialökologischen Transformation der Gesellschaft. Wir müssen wegkommen von dieser bisweilen hysterischen Atmosphäre, wir brauchen wieder eine vernünftige Erdung der Politik, auch für unsere Stadt. Und werden als LINKE versuchen, ein paar (weitere) gute Argumente und Projekte auf den Weg zu bringen.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Michael Joho und Hanno Plass

Die Hamburger LINKE unterstützt den Demoaufruf für Mittwoch, den 8. März:

Das **Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik** lädt alle herzlich zur diesjährigen Bündnisdemonstration anlässlich des Internationalen Feministischen Kampftags in Hamburg ein. Unter dem Motto: **Überlastet, Ungesehen, Un(ter)bezahlt** möchten wir mit so vielen wie möglich auf die Straße gehen. Die diesjährige 8. März-Demo ist all Gender, das bedeutet für alle Geschlechter – auch Cis-Männer sind Willkommen. Start ist um **16 Uhr am Besenbinderhof**, 20097 Hamburg. Abschlusskundgebung ab 18.00 Uhr auf dem Rathausmarkt mit Performance (www.instagram.com/p/Co3ZS-IID0g/?igshid=YmMyMTA2M2Y%3D).

Verkehrsnachrichten

Von Heike Sudmann

Das **49-Euro-Ticket** kommt – und anscheinend auch wirklich zum 1. Mai 2023. Der hvv wird neben dem digitalen Ticket (auf dem Smartphone) auch eine »Papierversion« anbieten, nämlich eine Karte mit Chip.

Der oft verwandte Begriff »Deutschland-Ticket« lässt allerdings Befürchtungen aufkommen, dass damit schon mal die Tür für eine (jährliche) Preiserhöhung geöffnet werden soll. Statt Preiserhöhungen wollen wir als LINKE weiterhin, dass im ersten Schritt für Menschen mit geringem Einkommen der hvv kostenlos wird.

Ein **Hochleistungsbussystem für Bahrenfeld und Osdorf/Lurup** soll Anfang März der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Ob damit nur die Zeit bis zu dem Bau einer S-Bahn (S 32 oder neuerdings S6) überbrückt werden soll oder ob das gar der Ersatz für die S-Bahn ist, wollte ich in einer Anfrage vom Senat erfahren. Ausgangspunkt war, dass dieser ein seit längerem vorliegendes »Erschütterungsgutachten« mehr oder weniger verschwiegen hat. Der Inhalt ist nämlich brisant. Die Erschütterungen durch die S-Bahn, die in einem Tunnel fahren soll, ist nicht verträglich für die Forschungseinrichtungen von DESY in Bahrenfeld. Deshalb schlagen die Gutachter:innen eine Verlegung der Bahntrasse einige hundert Meter in den Volkspark hinein vor. Weshalb spricht der



49-Euro-Ticket statt Tarifschunel? (Foto: H. Sudmann)

Senat nicht öffentlich über die Probleme mit dem geplanten Bau der S-Bahn? Erst verschleppt er jahrelang die Vergabe des Erschütterungsgutachtens, dann verschweigt er die Ergebnisse. Transparente Politik sieht anders aus.

Die **Schienenanbindung für den Osdorfer Born und Bahrenfeld** rückt in immer weitere Ferne. Das hochtrabend daher kommende Hochleistungsbussystem lässt ebenfalls auf sich warten, da frühestens in 2024 Untersuchungsergebnisse vorliegen werden. Ich fordere weiterhin schnelle Maßnahmen vom Senat. Eigene Busspuren von Osdorf/Lurup über Bahrenfeld bis in die Innenstadt lassen sich jetzt schon

schaffen ebenso wie die vor Ort geforderten Angebotsausweitungen. Doch der Senat lässt die Menschen dort lieber an den Bushaltestellen stehen und nimmt ihnen auch noch ioki, den in den hvv integrierten Rufbus, weg statt einen wirklich guten ÖPNV anzubieten.

Die **A26-Ost** ist leider immer noch nicht beerdigt. Das zaghafte Vortasten der GRÜNEN, die die Sinnhaftigkeit dieser Autobahn zu Recht infragestellen, ist zu begrüßen. Noch besser wäre es, wenn die GRÜNEN mit ihrer Koalitionspartnerin SPD zu einem Konsens kommen würden, dass nämlich der Koalitionsvertrag von 2020/21 nicht auf der Höhe der Zeit ist. Der motorisierte Verkehr gehört immer noch zu dem Bereich, wo der CO₂-Ausstoß und damit die Klimaschädlichkeit viel zu groß ist. Eine drastische Verkehrs- und Mobilitätswende lässt sich aber nicht mit dem Bau neuer Straßen geschweige denn Autobahnen erreichen. Viele wichtige Informationen zu der Debatte über die A 26-Ost finden sich auf der [Seite](#) von »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg«.



Endlich runter mit den Fahrpreisen! (Foto: H. Sudmann)

Auch wenn die Debatte um das 9-Euro-Ticket-forever leider schon wieder in den Hintergrund geraten ist, sei doch noch einmal an die zentralen Argumente der Initiative »HVVumsonst« erinnert.

Die Pro-Argumente noch einmal in Kurzform: 1. Besser für Luft, Klima, Leben. 2. Besser für das Portemonnaie. 3. Besser für die Innenstadt und das Kulturleben. 4. Es ist bezahlbar! Zumindest nicht unbezahlbar. 5. Attraktivität = Qualität rauf UND Preise runter! 6. Bloß kein Strohfeuer! 7. Entzerrung durch Ausweitung. 8. Es wird zu voll? Es wird gut angenommen. Und schließlich 9. SYLT. Ausführlicher begründet finden sich die Argumente hier: www.change.org/p/9-euro-ticket-forever



Wir grüßen alle Frauen zum Internationalen Frauentag am 8. März! (www.die-linke.de/themen/feministische-politik/8-maerz/8-maerz-2022)

Internationale Vorbereitungsklassen in Hamburg

Zur Lage der Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Sogenannte Internationale Vorbereitungsklassen (IVK) und Basisklassen gibt es in Hamburg seit vielen Jahren. Die Basisklassen dienen der Alphabetisierung, die IVK der Vorbereitung und Vertiefung der grundlegenden Fähigkeiten, auf Deutsch zu kommunizieren. Ziel laut Schulbehörde ist eine schnelle Integration und die Vermittlung von Deutschkenntnissen auf dem Niveau, das nötig ist, um sich in der altersentsprechenden Regelklasse zu verständigen und dem Unterricht folgen zu können.

Die Struktur sieht vor, dass geflüchtete Kinder im Alter der Vorschulklassen und Klassen 1 und 2 sofort in die Regelklassen eingeschult werden. Ab dem Alter für Klasse 3, also acht, neun Jahre, werden separate Klassen eingerichtet, eben IVK und Basisklassen, in denen auf das deutsche Schulleben vorbereitet wird.

Zwei Aspekte sollen hinsichtlich der Praxis und des Effekts der IVK bzw. der gesonderten Beschulung der geflüchte-

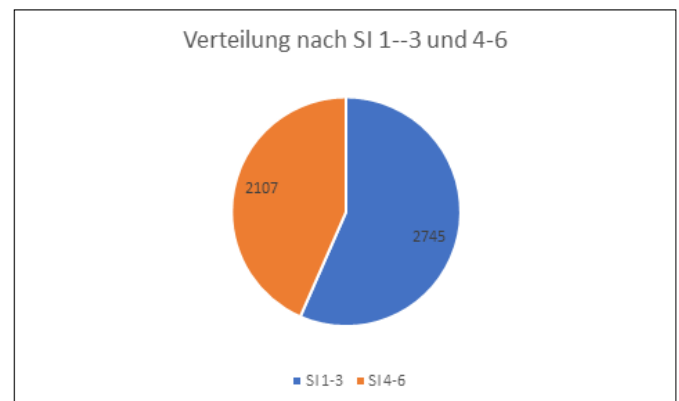
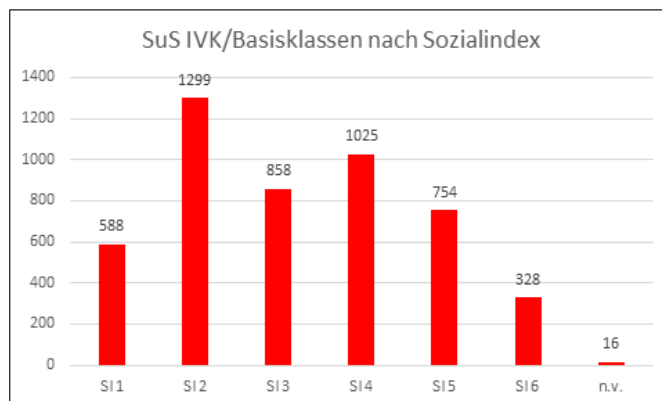
ten Kinder hervorgehoben werden. Erstens, dass segregierte Beschulung den Erwerb der deutschen Sprache bei geflüchteten Kindern verschlechtert. Zweitens, dass die Verantwortung, die für die Integration übernommen wird, wesentlich von den Stadtteilschulen getragen wird.

Das stellt sich nach unserer betreffenden Kleinen Anfrage (Drs. 22/10007 vom 25.11.2022) konkret wie folgt dar:

Verteilt nach den Sozialindexen gehen

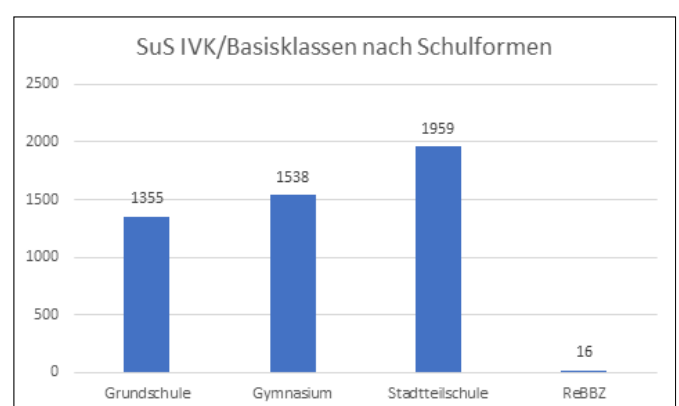
- 588 Kinder in IVK in Schulen mit Sozialindex 1,
- 1.299 Kinder in IVK in Schulen mit Sozialindex 2,
- 858 Kinder in IVK in Schulen mit Sozialindex 3,
- 1.025 Kinder in IVK in Schulen mit Sozialindex 4,
- 754 Kinder in IVK in Schulen mit Sozialindex 5 und
- 328 Kinder in IVK in Schulen mit Sozialindex 6.

(Siehe die beiden folgenden Grafiken).



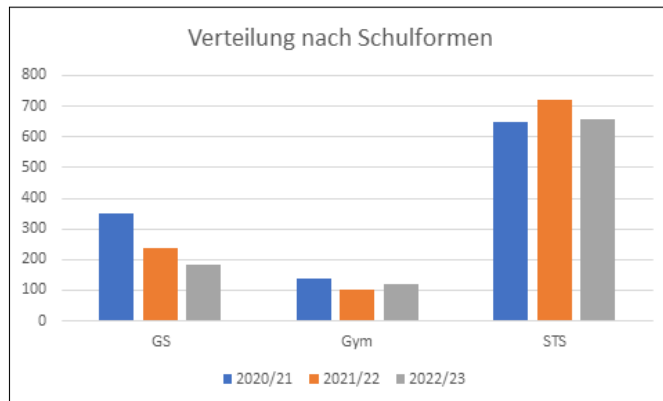
Und auf die Schulformen aufgeteilt ergibt sich folgendes Bild: 1.355 Kinder gehen in Grundschulen in IVK (bei 194 Grundschulen), 1538 Kinder auf Gymnasium in IVK (bei 63 Gymnasien) und 1959 Kinder auf Stadtteilschulen in IVK (bei 59 STS). Würde es in jeder Schule IVK-Schüler:innen geben, wären es auf jeder Grundschule knapp sieben Schüler:innen, auf jedem Gymnasium 24 und auf jede Stadtteilschule gut 33 Schüler:innen.

Neben der gesonderten Beschulung bleibt die Frage, in welcher Schulform und damit auf welcher Schule die IVK-Schüler:innen ihren Bildungsweg fortsetzen. Eine Schriftliche Kleine Anfrage unsererseits gibt detaillierten Aufschluss.¹

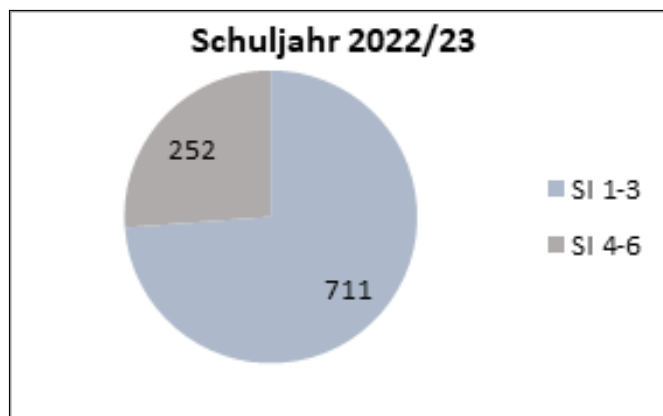


¹ Drs. 22/10978, https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82831/internationale_vorbereitungsklassen_was_kommt_danach_nachfrage_zu_drs_22_10007.pdf

Nach ihrer Zeit in den IVK verteilen sich die ex-IVK-Schüler:innen wie folgt auf die Schullandschaft: Mehrheitlich gehen sie auf STS, mehrheitlich mit einem niedrigen Sozialindex.



Drei Viertel aller ex-IVK-Schüler:innen besuchen Schulen mit dem Sozialindex 1 bis 3; nur ein gutes Viertel Schulen mit einem der höheren Sozialindexe.



Ein weiteres Manko bei den IV-Klassen ist, dass nicht notwendigerweise Fachlehrer:innen den Unterricht geben, sondern oft genug durch andere Lehrkräfte unterrichtet wird. Vielmehr stellt sich die Frage, weshalb im letzten Jahr viele von Schulen beantragte Stunden für Honorarkräfte in IVK, die zur »Steigerung der Bildungschancen« eingesetzt werden können, abgelehnt wurden. An Grundschulen waren es 137 Stunden und an STS 116 an Gymnasien 25 Stunden, die von der Schulbehörde nicht bewilligt wurden.²

Die Statistik zum Schuljahr 2022/23 bestätigt den Fakt der ungleichen Verteilung auf die Schulformen. An Grundschulen gibt es fünf Basisklassen und 76 IVK, an STS zwölf Basisklassen und 112 IVK, an Gymnasien wiederum vier Basisklassen und 79 IVK. Anzeichen für die ungleiche Verteilung der Schüler:innenschaft zeigen sich auch an der Quote der Schüler:innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an allgemeinbildenden Schulen. Es sind an der Grundschule im Durchschnitt 17,8 Prozent, am Gymnasium nur 8,9 Prozent und an der STS 21,8 Prozent. Die Quote der Schüler:innen mit

nicht deutscher Muttersprache zeichnet ein ähnliches Bild: An den Grundschulen sind es 32,2 Prozent, an den Gymnasien immerhin 19,8 Prozent und an den Stadtteilschulen fast das Doppelte, 38,8 Prozent.

Die Entwicklung zu einer kulturellen und sprachlichen Vielfalt wird sich fortschreiben, denn in den Vorschulen sind mit dem jetzigen Stand 23,7 Prozent der Schüler:innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – also mehr als im Maximum der allgemeinbildenden Schulen – und ohne deutsche Muttersprache sind es in den Vorschulklassen aktuell 42,6 Prozent. Die Aufgaben werden mit Sicherheit nicht weniger werden.

Erhöhung der Klassengröße?

Das sieht auch der Schulsenator, der sich bemüht, alle Schulen in die Verantwortung zu nehmen, und daher ankündigt, dass geflüchteten Schüler:innen auch längere Schulwege zugemutet werden können, damit es eine gerechtere Verteilung von Basis- und IV-Klassen im Hamburger Stadtgebiet geben werde. Und er sieht auch, dass kein Ende der Zuwanderung zu erwarten ist, die Herausforderungen für die Schulen also bestehen bleiben. Eine Reaktion auf die erhöhten Zahlen von zugewanderten bzw. geflüchteten Schüler:innen ist jedoch, dass die Schulbehörde ankündigte, die gesetzliche Begrenzung der Klassengröße könne überschritten werden, natürlich nur als Ausnahme, nicht als Regel.

Deutlich wird der Senat bzw. die Schulbehörde in ihrer Antwort auf eine weitere Kleine Anfrage (Drs. 22/10978 vom 21.2.2023): Klassen können aufgeteilt werden und die Klassengröße um zwei Schüler:innen erhöht werden. Wie »moderat« auch immer das sein soll, es bedeutet einen Widerspruch zum Schulgesetz, das eine maximale Zahl an Schüler:innen festlegt. Oder ex-IVK-Schüler:innen werden einer ganz anderen Schule zugewiesen. Alles hat zur Folge, dass die (bestenfalls) in zwölf Monaten hergestellte Bindung zwischen Schüler:innen und Pädagog:innen belastet, zerrüttet und strapaziert, wenn nicht gar zerstört wird. Der Kitt für gelingende Bildung wird entzogen. Und mit der Erhöhung der Schüler:innenzahlen wird Zwietracht dort gesät, wo in der Regel pädagogische Ressourcen dringend benötigt und in der Wirklichkeit rar sind: in Stadtteilschulen mit niedrigem Sozialindex. Die Politik des Senats schürt geradezu Ressentiments und die Ablehnung von Geflüchteten in den Schulen.

Gesonderter Unterricht für geflüchtete Kinder?

Doch selbst wenn das System der Beschulung von Geflüchteten auf alle Schulen ausgeweitet werden würde, ist ein Problem des gesonderten Unterrichts nicht gelöst. Neuere Forschungen auf Grundlage Hamburger Daten stellten fest, dass gesonderte Beschulung von geflüchteten Kindern ihre Lernerfolge mindert.

Lisa Sofie Höckel und Pia Schilling vom RWI Leibniz-Institut in Essen untersuchten anhand von Daten aus Hamburger Grundschulen der Jahre 2016 bis 2019 die messbaren Lernfortschritte. Sie kommen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass Schüler:innen aus IVK nach der vierten Klasse bei den

² Drs. 22/10007, Anlage 2 und 3.

KERMIT-Ergebnissen in Klasse 5 in allen Fächern deutlich schlechtere Ergebnisse erzielten als Schüler:innen, die keine IV-Klasse besucht hatten. Besonders schlecht seien die Ergebnisse für Mathematik und Deutsch. Als verstärkender Effekt vermuten die Autor:innen, dass Kinder in IV-Klassen auch in der Freizeit vermehrt mit Kindern aus IV-Klassen zu tun haben und somit deutlich weniger Deutsch sprächen als Kinder, die in Regelklassen beschult würden.³

Ähnliche Resultate weisen auch die bisherigen Untersuchungen an der Universität Hamburg aus den Jahren 2020 und 2021 auf.⁴

Erste Ergebnisse der Forscher:innen Sara Fürstenau, Elisabeth Barakos und Simone Plöger zeigen, dass es den IVK an Ressourcen und Personal mangelt, was zu negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung der Pädagog:innen führt; für die IVK-Schüler:innen folgt daraus ein verfrühter oder verspäteter Übergang in die Regelklassen. Die zuletzt erfolgte Erhöhung der Klassengröße von 15 auf 18 Kinder zeigte sich als Hindernis für die individuelle Förderung. Zudem fanden die Wissenschaftler:innen große Defizite in der Kommunikation zwischen den schulischen Akteur:innen und bei der Gestaltung des Übergangs vor. Sie kommen zu dem Schluss, dass eine heterogene, vielsprachige Schüler:innenschaft schon jetzt abseits der IVK die Realität ist

und dass die bestmögliche Beschulung für Kinder und Jugendliche in Hamburg nicht nur auf spezifische Zielgruppen gerichtet sein sollte. Vielmehr präferieren die Forscher:innen der Uni Hamburg einen inklusiven Umgang mit Heterogenität insgesamt und die Unterrichtsorganisation nach einem Konzept integrativer Beschulung mit begleitender Sprachförderung. Neu zugewanderte Schüler:innen sollten demnach sofort in Regelklassen aufgenommen und dort zusätzlich gefördert werden.

Beide Studien betonen aber auch, nicht außer Acht zu lassen, dass IVK durchaus auch den Aspekt eines Schutzraums für eingewanderte Schüler:innen böten. Wie sich dieser Umstand mit der drastischen Bildungsungerechtigkeit die Waage hält oder aber eine positive und sensible Integration in den schulischen Alltag anders gestaltet werden müsste, wäre sicherlich zu untersuchen und zu debattieren.

Ebenso muss die Frage der nötigen und zur Verfügung stehenden Ressourcen thematisiert werden. Denn zwar kann der Senat den Schulen Personalstellen zuweisen, doch ob sie in Zeiten akuten Lehrer:innenmangels besetzt werden können, steht auf einem völlig anderen Blatt. Bei der Besetzung spielt mitunter nicht nur das Gehalt eine Rolle, sondern ebenfalls die Arbeitsbedingungen. Und an denen hakt es auch in Hamburg massiv. Luft nach oben gibt es auch hier und es bleibt zu hoffen, dass der Senat die Ergebnisse seiner eigenen Datenerhebung ernst nimmt, um die Zeit sinnvoll zu nutzen, die ihm noch bleibt, bevor der Lehrkräftemangel auch in Hamburg voll durchschlägt. Der Schulsenator sieht diesen Punkt in einem Jahr kommen.

³ REP_22_983.pdf (rwi-essen.de).

⁴ Mai: Digital, vielsprachig und im Übergang - Universität Hamburg (uni-hamburg.de), Zuwanderung und Quereinstieg ins Schulsystem? - Universität Hamburg (uni-hamburg.de).

VERANSTALTUNG

Das Konzept der Internationalen Vorbereitungsklassen: (Miss-) Erfolge und Perspektiven

Diskussion zwischen **Thimo Witting**, Schulleiter der
Stadtteilschule Bergedorf, und **Sabine Boeddinghaus**

Mittwoch, 5. April, 19.00 Uhr
Rathaus, Raum 186

www.linksfraktion-hamburg.de/termine/internationale-vorbereitungsklassen-miss-erfolge-und-perspektiven/



Tipps und Termine

1947, als die **Doomsday Clock** vom »Bulletin of the Atomic Scientists« erstmals gestellt wurde, war die Welt nach Einschätzung von amerikanischen Wissenschaftler:innen noch 7 Minuten vom Untergang entfernt. Dann schritt der Zeiger immer weiter voran und nun wurde er auf **eineinhalb Minuten vor Mitternacht** neu justiert. »Die Gefahr, dass sich die Menschheit durch einen Atomkrieg oder Klimawandel selbst auslösche, ist demnach so groß wie nie seit Erfindung der Uhr im Jahr 1947«, meldete der »Spiegel« am 25. Januar (www.spiegel.de/ausland/doomsday-clock-weltuntergangsuhr-nur-noch-90-sekunden-vor-mitternacht-a-1556a7dd-bf81-4d94-b0fa-a11842a-760de).

Für Freund:innen des Analoges kommt eins zum anderen: Nach der »Encyclopaedia Britannica« und den »Stadtteilprofilen« erscheint nun auch das **»Statistische Jahrbuch Hamburg«** nur noch online. Am 1. März ist nun die neue Ausgabe zum **Berichtsjahr 2021** »vorgelegt« worden. O-Ton Statistikamt: »Die Jahrbücher für Hamburg und Schleswig-Holstein sind die umfangreichsten regelmäßigen Querschnittsveröffentlichungen des Statistikamtes Nord. Mit jeweils mehr als 300 Tabellen und Grafiken aus nahezu allen Arbeitsgebieten des Hauses ermöglichen sie einen breiten Überblick über die demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des jeweiligen Landes und bilden gleichzeitig das Spektrum der amtlichen Statistik ab.« (www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/statistische-jahrbuecher?tx_standdocuments_pi1%5Baction%5D=list&tx_standdocuments_pi1%5Bcontroller%5D=Document&tx_standdocuments_pi1%5Bstate%5D=1&cHash=8c866c8d964d4d7203a250a1afc5b009).



Wer sich aber mal so richtig mit Zahlen beschäftigen möchte, dem/der sei der Link www.haushalt.digital empfohlen. Dahinter verbirgt sich tatsächlich alles, was der **Hamburger Haushalt 2023/2024** an Daten aufweist, sowohl im Hinblick auf die aktuelle Einnahmen- und Ausgabenlage wie auch mit der Perspektive für die nächsten beiden Jahre. Für Abonnent:innen des BB vielleicht besonders interessant: die Einzelpläne 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung und 6.1. Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen.



Der **Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V.** hat jüngst eine neue **Broschüre** zum Thema **Mobilität von Kindern** vorgelegt. Auf 28 Seiten werden Erfahrungswerte, Tipps und gute Beispiele vermittelt, die im Rahmen des Projekts »Kinder bewegen sich selbst und ihre Welt« zusammengelassen sind. »Als Erwachsene«, so zu Anfang der Einleitung zu diesem Material, »sind wir so stark an unsere Umwelt gewöhnt, dass wir sie im oftmals stressigen Alltag meist nicht mehr so bewusst und intensiv wahrnehmen, wie es Kinder tun. Vorbeirasende Fahrzeuge, große Asphaltflächen und volle Kreuzungen – Kinder sehen all das mit anderen Augen« (<https://www.fuss-ev.de>).



Mit welchem Verkehrsmittel legen Grundschulkinder ihren Schulweg zurück?



44% zu Fuß
28% mit dem Auto gebracht
20% per ÖPNV / Schulbus
8% mit dem Fahrrad

Für die **»Standpunkte«** 1/23 der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** hat Michael Joho jüngst eine kurze Analyse der **Verhandlungsergebnisse der beiden Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete«** vorgelegt. Bekanntlich erregten die Vereinbarungen mit dem Senat bundesweit Aufmerksamkeit und »sorgten vor Ort für einigen Furor. Während die Senatskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Aufschlagen eines «neuen Kapitels unserer sozialen Wohnungspolitik» propagierte, reagierten die Konservativen und die Immobilienwirtschaft scharf ablehnend. Vom «Einstieg in den wohnungswirtschaftlichen Kommunismus» faselte die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU und die Bild-Zeitung währte für die Zukunft gar «Wohnungsbau wie in der DDR» (www.rosalux.

de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_1-2023.pdf).



Auch in der Märzausgabe von **»Contraste«**, der Zeitung für Selbstorganisation, wird auf einer ganzen Seite das **Ergebnis der Volksinitiativen Keine Profite mit Boden und Miete** kommentiert – und in den Zusammenhang des wohnungspolitischen Diskurses gestellt. Autor ist Gaston Kirsche, der auch schon Artikel für den Bürger:innenbrief beige-steuert hat. Die Ausgabe findet sich nicht im Netz. Kann aber zum Preis von 4,50 Euro bestellt werden: <https://www.contraste.org/blick-in-die-maerz-ausgabe-3/>.



Im **»Deutschen Ärzteblatt«** vom 16. Dezember 2022 wurde eine umfangreichere **Studie** von Mitarbeiter:innen des **Universitätsklinikums Eppendorf** veröffentlicht. Darin geht es um die **Psychische und somatische Gesundheit von wohnungslosen Menschen** (<https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=228829>). Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich in der Online-Ausgabe der TAZ vom 20. Februar

(<https://taz.de/Studie-zur-Gesundheit-von-Obdachlosen!/5913931/>). Nicht ganz überraschend, aber wichtig für den Diskurs ist der erstmalige Nachweis, »dass obdach- und wohnungslose Menschen häufiger als die Allgemeinbevölkerung unter psychischen und körperlichen Krankheiten leiden«.

Die **Lage der Tafeln** spitzt sich immer weiter zu. Rund zwei Millionen Menschen werden von den betreffenden Einrichtungen inzwischen unterstützt, und das zu einem Gutteil durch ehrenamtliches Engagement. Im bundesweiten Durchschnitt seien **im vergangenen Jahr 50 Prozent mehr Bedürftige** gekommen, ein Drittel der Ausgabestellen hätten mittlerweile einen Aufnahmestopp verhängen müssen. Ursächlich für den massiv gestiegenen Andrang seien vor allem die große Zahl Geflüchteter aus der Ukraine sowie die stark gestiegenen Lebensmittelpreise, die viele Menschen finanziell nicht mehr klar kommen lassen (<https://taz.de/Rekordandrang-beduerftiger-Menschen!/5919645/>).

Erst vor wenigen Tagen (am 17.2.) hat der **Mieterverein zu Hamburg**, parallel zu seinen Schwesterverbänden auf Bundesebene, eine **Petition** gestartet, um gegen die von den Mietpreisen und der Anzahl her ausufernden **Indexmietverträge** zu protestieren. Indexmietverträge ermöglichen den Vermieter:innen, die Mieten jenseits der Kappungsgrenze der Inflationsrate anzupassen. Nach Angaben des Mietervereins sei inzwischen jeder zweite Neuvertrag indiziert, die Gesamtzahl belaufe sich mittlerweile auf etwa 90.000. Daher nun also eine Petition, in der von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) ein Verbot der Indexmieten gefordert wird (<https://www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/meldungen/meldung/petition-zu-indexmieten-gestartet/index.html>). Knapp 74.000 Unterzeichner:innen gibt es bereits.

Bereits Ende November vergangenen Jahres hat der **Deutsche Mieterbund** eine in seinem Auftrag frisch erarbeitete Studie – das **Konzept für eine Neue Wohngemeinnützigkeit (NWG)** – vorgelegt. Der Autor **Jan Kunert**, ausgewiesener Fachmann für diesen Komplex, entwickelt darin Eckpunkte künftiger Regelungen. Tatsächlich hat das Konzept erstmals seit langem Chancen, ernst genommen zu werden, hat die Regierungskoalition im Bund doch die Neue Gemein-



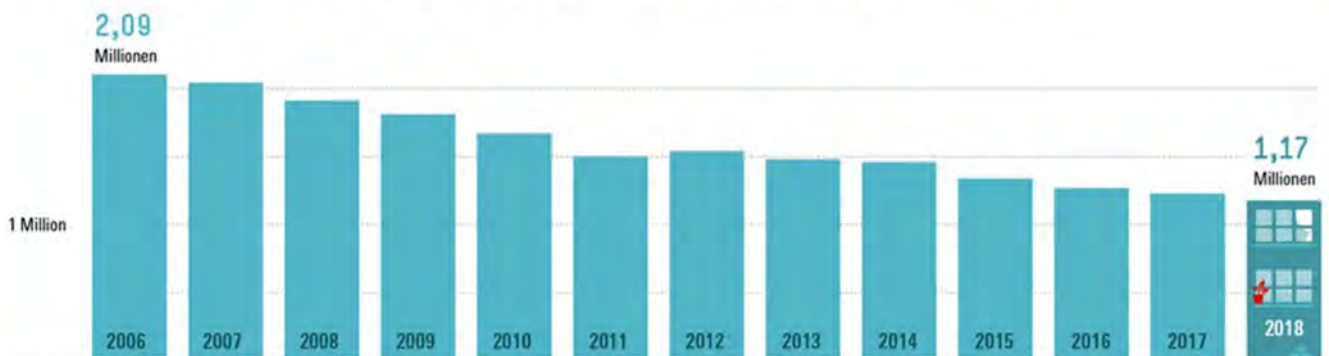
nützigkeit als klare Maßgabe vereinbart. »Mit unserem Konzept«, so der Mietervereinsvorsitzende Lukas Siebenkotten, »können wir erreichen, dass insbesondere diejenigen Menschen eine bezahlbare Wohnung finden, die angesichts der hohen Mieten gerade in den Metropolen mittlerweile keine Wohnung mehr finden, die sie sich leisten können. Das 52-seitige Gutachten ist im Netz nachzulesen unter https://www.mieterbund.de/fileadmin/public/Studien/DMB_Gutachten_E-Version.pdf, eine Kurzfassung als Flyer findet sich hier: www.mieterbund.de/fileadmin/public/Studien/DMB_Gutachten_Falzflyer_DinLang_E-Version.pdf.

Die in diesen Zusammenhängen seit Jahren rührige gewerkschaftsnahe **Hans-Böckler-Stiftung** hat weitere Untersuchungsergebnisse zum Bereich Wohnungsprobleme in Deutschland vorgelegt. Dieses Mal geht es in einem **aktualisierten Papier** vom 14. Dezember 2022 speziell um die **Wohnungsnot in Großstädten**, mithin auch in Hamburg. Die aktuellen Daten bieten einen guten Überblick, wie groß der Wohnungsmangel wirklich ist, und es werden Antworten gegeben, welche Instrumente zu seiner Überwindung hilfreich sind. Verfasst hat die Studie einmal mehr der Stadtsoziologe **Andrej Holm**, der nachweist, dass in deutschen Großstädten rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen fehlen, am meisten in Berlin, Hamburg und Köln. Alles auf einen Blick unter www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20782.htm (siehe Grafik nächste Seite).

Das Frühjahr wirft hier und da schon seine Sonnenstrahlen voraus, Zeit also, sich wieder vermehrt nach draußen und auf Erkundung der Stadt zu begeben. Dafür bieten die Hamburger **Geschichtswerkstätten**

Immer weniger Sozialwohnungen

So viele preislich gebundene Mietwohnungen gab es in Deutschland ...



Quelle: IMK 2020 Grafik zum Download: bit.do/impuls1763

Quelle: Böcker Hamburg 2020

und der alternative Anbieter **Stattreisen Hamburg** dutzende, ach was, hunderte Möglichkeiten. Die über die Jahre immer vielfältiger gewordenen **Rundgangsangebote** finden sich, frisch aufgelegt für das Jahr 2023, hier: <https://geschichtswerkstaetten-hamburg.de/> und hier auch: stattreisen-hamburg.de/stadtfuehrungen-und-hafenrundfahrten/.

Stattreisen hat auch einige Angebote für Kinder parat (<https://www.stattreisen-hamburg.de/stadtfuehrungen-und-hafenrundfahrten/hamburg-fuer-kinder/>)



Soeben erschienen ist die neue Ausgabe der **Hamburger Lehrer-Zeitung (HLZ)**, das Monatsorgan der örtlichen GEW. Auf sage und schreibe 84 Seiten wird wieder mal ein pralles Angebot serviert, viel zur Bildungspolitik natürlich, aber auch manches darüber Hinausgehende. Schwerpunkt ist dieses Mal die **Lage an den Stadtteilschulen (STS)**. Das Blättern lohnt sich: www.gew-hamburg.de/files/hlz/ausgaben/2211-05_hlz_novdez2022_web_1.pdf.

In diesem Jahr finden u. a. in den Bezirken Hamburg-Mitte und -Nord wieder Wochen des Gedenkens an die Opfer des NS-Regimes statt. Herausgehoben seien hier aber beispielhaft Veranstaltungen anlässlich **des 80. Jahrestags der Deportation von über 357 Sinti und Roma** am 11. März 1943 ins Vernichtungslager Auschwitz. Zum einen laden der Landesverein



der Sinti in Hamburg e. V., die Rom und Cinti Union e.V., die Evangelische Akademie und die Kirchliche Gedenkstättenarbeit Neuengamme ein zu einer Gedenkkundgebung am **Samstag, den 11. März**, um 15.00 Uhr beim Denkmal Hannoverscher Bahnhof am Rande der HafenCity. Gleich danach – um 15.30 Uhr – folgt eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im Ökumenischen Forum (Shanghaiallee 12), bei der die mangelnde Wahrnehmung des Völkermords an den Sinti und Roma und des Antiziganismus problematisiert wird.

Eine weitere Kundgebung findet statt am **Montag, den 13. März**, um 18.00 Uhr vor der Ganztagsgrundschule Sternschanze (Altonaer Straße 38), nicht zufällig, denn hier ging von 1939 bis 1943 Laura Rosenberg (geb. 1930) zur Schule, wurde von deren Leiterin denunziert und später, zusammen ihren Geschwistern, zwangssterilisiert.

13. März 2023

Kundgebung vor der Ganztagsgrundschule
Sternschanze, Altonaer Straße 38

18 Uhr



Deportiert von Hamburg nach Auschwitz

Am 11. März 1943 wurden über 330 Sinti und Roma über den Hannoverschen Bahnhof (heute Hafencity) von Hamburg nach Auschwitz deportiert. Ab Februar 1943 wurden aus Deutschland rund 22.600 nach Auschwitz verschleppt.

Viele Tausende starben innerhalb kurzer Zeit in überfüllten Lagerbereichen an Hunger oder Seuchen wie Fleckfieber oder wurden Opfer von Gewalttaten der SS-Bewacher.

Die Gesamtzahl der ermordeten Sinti* und Rom*nja wird auf bis 500.000 Menschen geschätzt.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr bedauerlich, dass der von der LINKEN unterstützte Vorschlag der Opferverbände, auch den Kampf gegen den Antiziganismus als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen, in der Bürgerschaftssitzung am 1. März von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Die Schule Sternschanze (Infos unter www.sternschanze1942.de/einladung-zur-kundgebung-am-13-maerz-2023-zur-erinnerung-an-sinti-und-roma).

Mitten in Hamburg – Mitten am Tag, so lautet der Titel einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit **Senatorin Karen Pein**. Das **Online-Gespräch** über Hamburgs Stadtentwicklung findet statt am **Donnerstag, den 30. März**, von 12.30 bis 13.30 Uhr. Wie sieht es aus mit dem schwächelnden Wohnungsbau? Welche (neuen) Ziele und Projekte verfolgt die neue Stadtentwicklungssenatorin? Moderator des Gesprächs ist Christoph Twickel. Weitere Infos und den Anmeldelink gibt es hier: www.fes.de/lnk/4yn.



Um **Wasserstoff** – derzeit in aller Munde – und seine **Chancen, Risiken und Herausforderungen für Klimaneutralität** geht es auf einer Veranstaltung der



Linksfraktion in der Bürgerschaft am **Dienstag, den 28. März**, um 19.00 Uhr, am Adolphsplatz 6 (gegenüber der Handelskammer), Raum 4.07. Im Gespräch miteinander sind an diesem Abend Uwe Witt, der Referent für Klimaschutz und Strukturwandel der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sowie Stephan Jersch, der Sprecher für Umwelt und Energie der Hamburger Linksfraktion. Die Diskussion dürfte sich vor allem darum drehen, ob Wasserstoff tatsächlich eine Alternative zu bisherigen Treibstoffen und Energiequellen darstellt. Wo liegen die Möglichkeiten und wo die Grenzen des Einsatzes von Wasserstoff, um eine ökologische und soziale Transformation von energieumsetzenden Prozessen hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu erreichen? Was kommt auf Hamburg als größtem deutschen Hafen- und Umschlagort sowie als Industriestadt für eine mögliche zukünftige wasserstoffbasierte Wirtschaft zu?

Vom **31. März bis 2. April** tagt in Lüneburg der **24. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO)**, am Rande begleitet von diversen Netzwerktreffen und einem Forum FUSSverkehr. Das Motto der Veranstaltung lautet in diesem Jahr **Was uns antreibt – gesund und klimaschonend unterwegs**. Die Palette der Vorträge und Diskussionen reicht dabei von der kritischen Auseinandersetzung mit der E-Mobilität über neue Aspekte der Verkehrswende bis hin zu der interessanten Frage, »Wie überzeugen wir die Mehrheit der in Deutschland Lebenden von unseren Visionen?«. Eine Anmelde-möglichkeit und weitere Informationen (darunter der lesenswerte Entwurf der Abschlussresolution) unter www.buvko.de.

Die ALTONATIVE zeigt, wo es lang geht!

Am Samstag, den 25. März, ist Altona auf den Beinen. Für diesen Tag ruft ein breites Bündnis auf zu einer Demonstration – genauer: zu einem Demo Rave – für eine solidarische Stadt: klimagerecht, sozial und vielfältig. Zu den Akteur:innen gehören quasi alle im Einzugsgebiet aktiven Gruppen. Die Demonstration startet um 14.00 Uhr am Bahnhof Altona (Ausgang Ottensen) und irgendwann zwischen 16.00 und 20.00 Uhr kommt der Rave an der Sternbrücke an. Als ein wunderbares Beispiel für alternative Stadtteil- und Bündnisarbeit drucken wir hier nachfolgend den Demo-Aufruf mit den Statements der beteiligten Initiativen ab (<https://altonative.org/>).

DIE ALTONATIVE
 FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT:
 KLIMAGERECHT, SOZIAL UND VIelfÄLTIG

WANN: SAMSTAG, 25.3.2023
 14.00-20.00 UHR
 STARTPUNKT: BAHNHOF ALTONA
 (AUSGANG OTTENSEN)
 ZIEL: STERNBRÜCKE (16.00-20.00 UHR)

DEMO RAVE
 25.3.2023

ALTONATIVE.ORG

DIE ALTONATIVE**Für eine Altonative: In Bewegung kommen**

Ob überdimensionierte »Monsterbrücke« an der Stresemannstraße, die Skandale rund um den Investor Adler Group und das Holstenareal, die Verlegung des Altonaer Bahnhofs an den Diebsteich – überall haben Initiativen, die gegen diese Beispiele einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik aktiv geworden sind, die gleiche Erfahrung gemacht: Eine wirkliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hat nirgendwo stattgefunden. Trotz aller anderslautenden Rhetorik von Rot-Grün richten sich Verkehrs- und Baupolitik in Altona und Hamburg weiter an den Interessen von Investoren, Autolobby und Großprojekten aus.

Demo-Rave für eine solidarische Stadt**STERNBRÜCKE**

Die Sternbrücke mitsamt ihrer über Jahrzehnte gewachsenen Subkultur soll einer Monsterbrücke weichen, die eine vierspurige Straße überspannen soll. 90 Bäume entlang der Max-Brauer-Allee sollen für den Transport des Ungetüms an seinen Einsatzort gefällt, sieben Häuser abgerissen werden. Die Vorbereitungen für den Baubeginn haben trotz fehlender Baugenehmigung bereits begonnen. Wir fordern einen sofortigen Stopp der Zerstörungen, eine umfassende Neuplanung des Verkehrsraums Stresemannstraße, die eine echte Mobilitätswende ermöglicht, und reale Bürger*innen-Beteiligung. Wir fordern eine Brückenlösung, die die Qualität des Ortes erhält. Sternbrücke bleibt! Die Stresemannstraße muss zweispurig werden.

HOLSTENAREAL

Seit der Hamburger Senat unter Olaf Scholz 2016 auf das Vorkaufsrecht beim Holstenareal verzichtet hat, wechselte das Grundstück vier Mal den Besitzer und der Grundstückspreis wurde spekulativ in die Höhe getrieben – mit gravierenden Auswirkungen für das zukünftige Quartier. Erst nach den Enthüllungen über den Skandalinvestor und aufgrund massiven politischen und medialen Drucks entschied der Bezirk Altona, den Vertrag mit dem Investor nicht zu unterschreiben. Doch seither herrscht Stillstand und die Stadt hat es versäumt, über eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme aktiv eine Neuplanung des Quartiers zu ermöglichen. Wir fordern eine Kommunalisierung des Geländes und eine Bebauung, die ein soziales, diverses und klimagerechtes Quartier mit erschwinglichen Mieten ermöglicht.

BAHNHOF ALTONA

Die geplante Verlagerung des gut funktionierenden Fern- und Regionalbahnhofs Altona nach Diebsteich ist ein verkehrspolitischer Irrsinn. Massive Rodungen, die Zerstörung eines Feuchtbiotops und die mit dem Neubau verbundenen gigantischen CO₂-Emissionen stehen in krassm Widerspruch zu allen Klimaschutzzielen und sind nur als Klimafrevel zu bezeichnen. Die am Diebsteich vorgesehenen Büro- bzw. Hotelhochhäuser braucht kein Mensch und die geplante Neubebauung zerstört die kleinteilige Struktur des Quartiers. Wir fordern ein Moratorium aller Bauvorhaben am Diebsteich, eine Sanierung des Bahnhofs Altona und eine wirkliche Verkehrswende in Hamburg im Interesse der Fahrgäste und des Klimaschutzes.

Wir wollen keine immer stärker motorisierte Stadt, wir brauchen mehr öffentlichen Raum für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Wir brauchen erschwingliche Mieten, eine klimagerechte Wohnungsbau- und Verkehrspolitik. Wir engagieren uns für den Erhalt gewachsener Strukturen und Freiräume. Wir wollen lebenswerte, diverse Quartiere. Wir kämpfen für eine Stadt für alle. Deshalb sind wir in Bewegung gekommen. Deshalb wollen wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen und laden zu einem großen Demo-Rave durch Altona am 25. März ein.

DEMO RAVE
25.3.2023

DIE ALTONATIVE

FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT:
KLIMAGERECHT, SOZIAL UND VIELFÄLTIG

WANN: SAMSTAG, 25.3.2023
14.00-20.00 UHR
STARTPUNKT: BAHNHOF ALTONA
(AUSGANG OTTENSEN)
ZIEL: STERNBRÜCKE (16.00-20.00 UHR)

MIT
ALTONAER MANIFEST
ECOPOLIS KOLLEKTIV/ELECTRONICBRIDGE
FREUNDKREIS STERNBRÜCKE
INITIATIVE STERNBRÜCKE
KNALLT AM DOLLSTEN
PRELLBOCK ALTONA
ST. PAULI SELBER MACHEN U.A.

WWW.ALTONATIVE.ORG

Der Demo-Rave wird um 14 Uhr am Altonaer Bahnhof starten, durch die neue Mitte Altona am Holstenareal vorbeiführen und mit einer Abschlusskundgebung und Musik an der Sternbrücke enden. Er ist so ein alternativer Stadtteilrundgang, der die im Moment am meisten umstrittenen und heiß umkämpften Hotspots der Altonaer Stadtentwicklung pointiert kommentieren wird. Wir wollen damit alternative Visionen und Vorstellungen einer sozialen, klimagerechten und Vielfalt ermöglichenden Stadtentwicklung auf den Weg bringen.

Altonaer Manifest, EcoPolis Kollektiv/Electronic-Bridge, Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten«, Freundeskreis Sternbrücke, Initiative Sternbrücke, Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg, Prellbock Altona, Schiller-Oper-Initiative, St. Pauli selber machen, Viva La Bernie u.a.

Kulturtipp

Einladung zum Frühjahrsempfang



Nach coronabedingter Pause lädt die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft endlich wieder ein zum traditionellen **Newroz-Fest** am **Sonntag, den 19. März**, von 16.00 bis 20.00 Uhr im großen Saal des Rathauses. Newroz oder Nouruz ist das internationale Fest zum Frühling und zum neuen Jahr, das von mindestens 300 Millionen Menschen begangen wird. Für die Linksfraktion ist die Tradition noch recht neu, feiert sie das Ereignis doch erst seit 2014. Doch im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan, in der Schwarzmeerregion, im Kaukasus und in Zentralasien wird das Fest zur Tagundnachtgleiche bereits seit 3.000 Jahren begangen, also schon etwas länger. In diesem Jahr möchten wir **mit Rücksicht auf aktuelle Geschehnisse** zusammenkommen: Das **Erdbeben** in Kurdistan, in der Türkei und in Syrien hat unvorstellbare Zerstörung verursacht und vielen tausend Menschen ihr Leben gekostet. Wir sind **in tiefer Trauer um die Opfer** und

möchten ihrer im Rahmen unseres Newroz-Festes gedenken. Zur Situation vor Ort und über Möglichkeiten der Unterstützung werden wir Redebeiträge hören. Es werden auch **Spenden gesammelt**. Unsere Solidarität ist gefragt.

Neben dem musikalischen Programm und Informationen wird es auch Beiträge von Janine Wissler (der Ko-Parteivorsitzenden DIE LINKE), Sofia Leonidakis (der Ko-Vorsitzenden der Linksfraktion Bremen), von Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus (den beiden Ko-Vorsitzenden der Hamburger Linksfraktion) sowie von einer Vertreterin der iranisch-kurdischen Protestbewegung geben.

Schrift- und Gebärdendolmetscherinnen begleiten die Veranstaltung. Es wird um Verständnis gebeten, dass im Rathaus aus Sicherheitsgründen Jacken, Rucksäcke und Taschen, die größer als DIN A4 sind, an der Garderobe abgegeben werden müssen. Es kann auch zu zwischenzeitlichen Einlass-Stopps kommen, wenn zu viele Menschen gleichzeitig unser Fest besuchen.

Eine Anmeldung per Mail an veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de bis zum 10. März ist dringend erforderlich.

Nur ein paar Tage später, vom **24. bis 26. März**, zum Auftakt des Fastenmonats Ramadan, findet der **11. Hamburger Ramadan-Pavillon** statt, nicht, wie in den Vorjahren auf dem Spadenteich, sondern erstmals im Museum für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz). Wie kaum ein anderes »Format« bieten die diversen, vom Islamischen Bund e.V. organisierten Informationsstände und Programmpunkte Chancen, sich vielfältig in die islamische Kultur zu vertiefen. Auftritte des Ersten Bürgermeisters Peter Tschentscher und der Landesbischöfin Kirsten Fehrs, Museumsführungen und Begegnungsmöglichkeiten aller Art bereichern das Programm, das in diesem Jahr unter dem schönen Motto »Dialog im Lichte der Geschichte« steht (<https://hh-rp.de/#content>). ♦



Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg